



Höhere Löhne politisch ermöglichen

Pressemitteilung von Klaus Ernst, 30. Juli 2014

"Die Gewerkschaften alleine sind der falsche Adressat für den Ruf der Chefökonominnen von EZB und Bundesbank nach einem deutlichen Lohnplus. Vielmehr muss die Politik die Deregulierung des deutschen Arbeitsmarkts rückgängig machen", erklärt Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die Forderung nach höheren Löhnen aus Reihen der Bundesbank und der EZB. Klaus Ernst weiter:

"Die Kehrtwende der Zentralbanker ist erfreulich. Allerdings dürfte ihre Motivation wohl eher in der Deflationsgefahr liegen, der sie mit ihrer Geldpolitik nicht Herr werden. Schließlich sind höhere Löhne nicht erst jetzt geboten. Schon seit Jahren hinkt die deutsche Lohnentwicklung der wirtschaftlichen Entwicklung hinterher. Diese Lohnzurückhaltung und die schwache Binnennachfrage haben zu enormen Ungleichgewichten im Außenhandel geführt und die Eurokrise befördert. Um Deflationstrend und Eurokrise ein Ende zu setzen, muss die

Durchsetzungsmacht der Gewerkschaften politisch gestärkt werden. Das geht nur über ein Verbot von Leiharbeit und des Missbrauchs von Werkverträgen, über die Abschaffung sachgrundloser Befristung sowie über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von zehn Euro ohne Ausnahmen."